

Calmer Tagblatt

Nr. 271.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die empfangene Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Reklamen 30 und 35 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Schriftführer 9.

Montag den 18. November 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortsverkehr Mt. 2.15, im Fernverkehr Mt. 2.25, Bestelgebeld in Württemberg 30 Pfg.

Zur gegenwärtigen Lage. Für einen freien Volksstaat!

Von dem Wahn, daß innerhalb der alliierten Heere oder der alliierten Flotten dieselben Vorgänge zu erwarten sind, wie bei uns, werden sich wohl sehr bald alle deutschen Volksgenossen befreit haben. Wir haben von Anfang an vor dieser Selbsttäuschung gewarnt. Was später noch folgen könnte, namentlich in Frankreich und Italien, ist noch im Ungewissen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Kräfte, die dort für eine Neuordnung der sozialen Verhältnisse eintreten, infolge der günstigen Wendung der außenpolitischen Ereignisse gar keinen Reaktionsboden für ihre Bestrebungen mehr finden werden. Die Führer der Alliierten haben sich auch bei dieser Gefahr für ihre Herrschaft als Meister der Beherrschung der Völkersynthese gezeigt. Als die Revolution in den Staaten der Mittelmächte ausbrach, und als Anzeichen dafür vorhanden waren, daß sie auch auf die Ententestaaten übergreifen könnte, da hatten Wilson und Genossen sofort das richtige Zauberwort zur Beruhigung der Gemüter zur Hand: „Nahrungsmittel für die Mittelmächte! (Nach dem Grundsatz: „füttert die Bestie“).“ Das beruhigte die unteren Volksschichten der Entente, machte sie milder gegen ihre Regierungen gesinnt. Dann aber sagte man den Mittelmächten: Ihr bekommt Nahrung, aber der Bolschewismus darf nicht eintreten. Nicht aus Rücksicht auf die Verhältnisse im Innern der Mittelmächte, sondern aus Rücksicht auf ihre Staaten, ihre Interessen. Der Herd der Revolution mußte eingedämmt werden, es mußte zur Ruhe im Innern kommen, damit man den Mittelmächten, namentlich aber dem deutschen Volk auch die Lasten auslegen kann, die man zu seiner dauernden wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung für nötig hält. Denn darüber dürfen wir uns keinen Illusionen mehr hingeben, dem deutschen Volk wird ein ewigwährender Aufgezwungen werden, daß ihm die Augen übergehen werden. Die Friedensverhandlungen werden abschließend von der Entente hinausgedrückt, um Ruhe zu bekommen. Ist einmal Ruhe, dann wird sich wenig Opposition mehr gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes zeigen. Das deutsche Volk aber wird gefesselt den Urteilspruch der „Hüter der Völkerfreiheit“ anzuhören und anzunehmen haben, denn nach Befreiung des linken Rheinufers und Elsaß-Lothringens, die so schnell geräumt werden müssen, daß eine ordnungsmäßige Räumung gar nicht möglich ist, und nach Auslieferung der Flotte ist uns ein Widerstand gegen die zweifellos beabsichtigte starke Beschnürung unseres Gebiets, das für ein 70 Millionenvolk sowieso schon zu eng war, unmöglich, besonders da nicht nur die Ententetruppen, sondern auch die Polen und Tschechen sich mit Waffengewalt für ihre ungerechtfertigten Forderungen einsetzen werden. Es wird sich dann mit aller Klarheit zeigen müssen, was die Entente, was Wilson unter dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ versteht. Wie gesagt, auf das schlimmste müssen wir uns gefaßt machen. Frankreich trifft schon Maßnahmen zur dauernden Besetzung des zu neun Zehntel deutschen Elsaß-Lothringens, die Gebiete des linken Rheinufers sollen bearbeitet werden, damit sie sich von Deutschland abwenden, indem man ihnen vor den großen Kriegsschädigungen, den großen Abgaben und den riesigen Steuern Angst macht, und vor den kommenden unruhigen Zeiten, die in Deutschland noch kommen sollen. Die Italiener, Südslaven und Tschechen machen Anspruch auf deutsch-österreichisches Gebiet, und wie der deutsch-österreichische Nationalrat nach Berlin mitgeteilt hat, sperren sie die deutschen Siedlungsgebiete von der Nahrungsmittelzufuhr ab, ja sie wollen nicht einmal Sendungen aus Deutschland zulassen. Dasselbe feindselige Verhalten legen die Polen in den schlesischen Grenzbezirken, in Posen, in Westpreußen an den Tag, und in Russisch-Polen sind Anschläge gegen die deutschen Truppen und die deutschen Depots am Blage, in jenem Polen, das wir aus der Gewalt der Russen gerissen haben, in dem wir einigermaßen hygienisch annehmbare Verhältnisse geschaffen haben, und dadurch die Bevölkerung von den ekelhaftesten Krankheiten bis zu gewissem Grade befreit haben. Was man mit den baltischen Provinzen vor hat, die sich jetzt zusammengeschlossen haben, kann heute noch nicht gesagt werden. Wahrscheinlich wird man sie, wenn auch gegen ihren Willen, den Russen wieder zuschieben, denn Rußland braucht man auch zur dauernden Wiederherstellung Deutschlands. Wir möchten hoffen, daß diejenigen

Recht behalten, die in solcher Auffassung Schwarzseherei erblicken. Aber wir müssen gestehen, von dem Völkerbund, dessen Bedingungen Wilson, wenn er zum Friedenskongress kommt, schon in der Tasche fix und fertig haben soll, können wir vorerst keine andere Vorstellung gewinnen, als daß er dazu bestimmt ist, die Vorherrschaft der Angelsachsen und Romanen in der Welt zu sichern. Die so ungewöhnlich gewonnene deutsche Flotte wird die Oberherrschaft der Angelsachsen zur See endgültig besiegeln, und der „Völkerbund“ wird uns vorschreiben, wie viel wir Soldaten, Kanonen usw. halten dürfen, sodas die andern immer oben bleiben können. Bonar Law hat ja auch diesen Gedanken erst kürzlich wieder zum Ausdruck gebracht, als er bei einem Frühstück zu Ehren amerikanischer Industrieller in London sprach, die bisherigen Alliierten müßten auch in Zukunft fest zusammenhalten, und namentlich die Engländer und Amerikaner. Wir werden also in den ersten Jahren nach dem Kriege einer festen Koalition gegenüber stehen, die uns politisch fesseln und wirtschaftlich durch die Beherrschung aller Rohstoffgebiete einengen kann.

Es wird deshalb schwierig werden für unser Volk, sich diesen Hemmungen gegenüber durchzubringen. Da kann es nur eins geben: Einigkeit! Nicht in dem Sinne, daß alle Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen unter einen Hut gebracht werden sollen. Das ist nicht möglich, nirgends, und wird auch nicht möglich werden, aber in dem Sinne, daß wir ein einheitliches Ziel anstreben und das muß das der moralischen Eroberungen im Ausland sein. Wir können trotz aller schlimmen Erfahrungen sagen, der Feldenkampf des deutschen Volkes hat ihm gerade in den letzten Jahren manchen geheimen Freund gewonnen, namentlich als der brutale Eroberungs- und Unterdrückungsgeist der Angelsachsen sowohl dem Feinde als den Neutralen gegenüber immer rücksichtsloser in Erscheinung trat, und wenn einmal alles wieder ruhig ist, wird sich das bald wieder zeigen, daß man deutsche Redlichkeit und Tüchtigkeit nicht vermissen hat. Aber eins wird die Vorbedingung sein müssen, daß wir als freies deutsches Volk auf den Schauplatz des kulturellen Weltkampfes der Völker treten, daß wir nicht mehr danach trachten, Institutionen zurzurufen, die den Eindruck erwecken, als seien wir ein Polizei- und Militärstaat. Und daß sich auch unter unsern bürgerlichen Parteien und unsern geistigen Arbeitern solche finden, die auf dieser einzig möglichen Grundlage aufbauen wollen, das sehen wir an dem Bestreben nationalliberaler und volksparteilicher Führer, eine große bürgerliche politische Organisation zu schaffen, die sich auf den Boden der republikanischen Staatsform stellen soll, und die den neuen Staat gegen jede Reaktion verteidigen will, ebenso aber gegen bolschewistischen und einseitigen Terror. Dann wird die Einleitung einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Politik gefordert. Diese Politik verlangt nach dem vorliegenden Austritt für monopolistisch entwickelte Wirtschaftsgebiete die Idee der Sozialisierung aufzunehmen, die Staatsdomänen aufzuteilen und zur Einschränkung der Großgrundbesitzer zu schreiben, damit das Venerumt gestärkt und vermehrt werden kann; ferner stärkere Erfassung des Kriegsgewinns, einmalige progressive Vermögensabgabe, andere tiefgreifende Steuermaßnahmen, gesetzliche Garantierung der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenrechte, Sicherung der Ansprüche der Kriegsteilnehmer, ihrer Witwen und Waisen, Stärkung der selbständigen Mittelschicht, Freiheit für den Aufstieg der Tüchtigen und die internationale Durchführung eines sozialpolitischen Mindestprogramms. Reformen sollen nur durch die vom ganzen Volk gewählten gesetzgebende Versammlung gewählt werden, nicht durch Willkür und Diktatur. Das sind unsere Grundsätze, die jeder freie deutsche Bürger wandeln kann, sei er Arbeiter, Bauer, Angestellter, Handwerker, Kaufmann oder Industrieller. Auf einer solchen Grundlage werden wir aber auch wieder die Kräfte zusammenführen können, die Deutschland zu seiner Stellung vor dem Krieg gebracht hatten. Dann könnte Deutschland vermögen seiner geistigen, wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen tatsächlich zum Kulturzentrum Europas werden. D. S.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Eine Darstellung der Katastrophe durch den Prinzen Max von Baden.

(M.B.) Berlin, 16. Nov. In einem Sonderdruck der „Preussischen Jahrb.“ wird eine Rede des Prinzen Max

von Baden veröffentlicht, die dieser in der Badischen Ersten Kammer halten wollte, woran er durch die Ereignisse verhindert wurde und in der es u. a. heißt: Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Schritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Weder das eigene Volk, noch der Feind schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweigungsschritt notwendig wäre. Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen. Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden, die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgebe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen unbelasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einräumung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten. — (Ludendorff hatte also, wie schon verschiedentlich hervorgehoben wurde, nach den Ereignissen in Oesterreich-Ungarn den Kopf verloren, was bei einer nur auf militärisches Denken eingesetzten Natur angesichts des Zusammenbruchs der Bundesgenossen die logische Folge falscher Berechnungen war. Der Zusammenbruch kam also nicht, weil unser Heer zusammengebrochen war — das ja noch einen Monat mit geradezu übermenschlichen Kräften sich verteidigt hat — und unbesiegt den Waffenstillstand abschloß, sondern weil seine militärischen Führer nicht nur dem Heer, sondern offensichtlich auch ihren Nerven zu viel zugemutet hatten. Die Schriftl.)

Französischer Rauegeißel.

(M.B.) Berlin, 16. Nov. Marshall Foch hat an die deutsche Oberste Heeresleitung folgendes Telegramm gerichtet: Aus Anstalten, die der Obersten Heeresleitung der Verbündeten zugegangen sind, geht hervor, daß an verschiedenen Stellen, besonders in Belgien, und hier wieder besonders in Gegend Brügge, seitens der deutschen Truppen Gewalttätigkeiten der Bevölkerung gegenüber, Zerstörungen und Plünderungen geschehen, alles Handlungen, die nur aus im Gegensatz zu den Waffenstillstandsbedingungen stehen. Die Oberste Heeresleitung der Verbündeten rechnet damit, daß die deutsche Oberste Heeresleitung ohne Zögern alle Maßnahmen ergreifen wird, um diesen Verletzungen des unterzeichneten Abkommens Einhalt zu tun. Wenn diese Handlungen nicht in ganz kurzer Zeit aufhören, würde sich die Oberste Heeresleitung der Verbündeten verpflichtet sehen, Anordnungen zu treffen, um diesem ein Ende zu machen. Foch.

Die deutsche Oberste Heeresleitung hat darauf erwidert: Die deutschen Bevollmächtigten haben bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder aufs eindringlichste betont, daß die Ausführung der unerhörten und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen unausbleiblich zur Folge haben werden. Die Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und auch in Zukunft ausschließlich der alliierten Heeresleitung zu. Gegen die zu Unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß die weitere Befolgung der bisherigen Methoden seitens der alliierten Heeresleitung ihr wirksame Maßnahmen zum Schutze der eigenen, wie der feindlichen Bevölkerung sowie für Schutz und Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich mache. Sie regt erneut an, daß der von allen Völkern ersehnte Waffenstillstand in einem Geiste durchgeführt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht ausschließt. Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach ihr gewordenen Nachrichten meistens um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabenden Klassen ebenso, wie gegen die deutschen Soldaten handelt.

Geordneter Rückmarsch unserer Truppen.

Berlin, 18. Nov. Zu Ehren der heimkehrenden Krieger zeigen die rheinischen Städte reichen Flaggen-

schmuck. Die Krieger rücken in immer stärkeren Kolonnen heran. Die Durchführung der Verpflegungsmassnahmen ist in vollem Gang. In Köln werden außer anderen Räumen zur Unterkunft der Truppen 100 Schulen in Anspruch genommen. Der Durchzug durch rheinische Städte vollzog sich bisher in bester Ordnung und Ruhe. Die Stimmung der Truppen ist gefast und zuversichtlich.

Der Vertreter Wilsons über die Haltung der Entente gegenüber Deutschland.

Berlin, 18. Nov. Verschiedenen Morgenblättern zufolge äußerte Oberst House Pressvertreter gegenüber seine Befriedigung über den Weg, den die deutsche Revolution einzuschlagen scheine. Die Alliierten hätten nicht die Absicht, gegen Deutschland vorzugehen und wollten vielmehr mit ihm zusammenarbeiten. Mit einem Deutschland, das unter irgend einer Diktatur stehe, sei es eine militärische oder revolutionäre, könnten die Alliierten nicht verhandeln. Wilson werde einer revolutionären Diktatur gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen, den er einer Diktatur Hohenzollern gegenüber eingenommen habe: Der Gewalt kein Frieden und kein Brot! Die Gefahr einer terroristischen Regierung in Deutschland sei glücklicherweise geschwunden.

Scheidemann über die Aufgaben der Nationalversammlung.

Berlin, 18. Nov. Ueber die Wahlen zur Nationalversammlung schreibt Scheidemann im „Vorwärts“: Die vernünftigen Elemente des Bürgertums haben sich in überwiegender Mehrzahl auf den Boden des Neugeschaffenen gestellt und suchen selbst nach parteipolitischen Formen, um es zu festigen und zu erhalten. Man geht fehl in der Annahme, die Nationalversammlung habe zunächst die Aufgabe, eine Art amtliches Siegel unter die neuen Verhältnisse zu drücken. Die Nationalversammlung wird die nicht geringe Aufgabe haben, innerhalb des neugeschaffenen Grundrisses das Haus aufzubauen, auszugestalten und sicherzustellen. Sie muß die neue deutsche Republik nach außen verhandlungsfähig, nach innen nach der wirtschaftlichen Seite hin geschäftsfähig machen. Es ist zu hoffen, daß schon die allernächsten Wochen den Präliminarfrieden bringen werden, der ebenso wie der Waffenstillstand eine vorläufige Regelung bedeutet. Den endgültigen Frieden aber, der zugleich die Neuordnung unserer Geschäftsbeziehungen zu unseren bisherigen Gegnern und unsere Wiedereinreihung in den Weltverkehr und Welthandel, also konsolidierte Verhältnisse, bringen soll, wird die Entente nur mit einem konsolidierten Deutschland abschließen.

Vor dem Beginn der Vorfriedensverhandlungen.

Berlin, 18. Novbr. Dem „Vorwärts“ zufolge wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden in kürzester Zeit, jedoch kaum vor Ende dieses Monats, zu erwarten sein. Sie werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein. Darnach wird die Beratung des eigentlichen Friedensvertrags beginnen, wozu ein Apparat von vielen Hundert Delegationen aufgebildet wird. Eine ganze Anzahl von Spezialkommissionen muß gebildet werden, die im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz tagen sollen.

Vor der Befreiung des Elsaß durch die Franzosen.

(W.B.) Straßburg, 15. Nov. Nachdem gestern an der Entschleierung der französischen Patrouillen gemeldet worden sind, dürfte Colmar heute von französischen Truppen befreit sein. In Mühlhausen erwartete man den Einzug französischer Truppen für heute Mittag. Die Mühlhäuser Volkszeitung hat ihr Erscheinen eingestellt.

Uebergabe der Ostafrikaner.

(W.B.) Amsterdam, 17. Nov. (Reuter.) Die deutsche Streitmacht unter General v. Pottow Vorbeck hat sich am Morgen des 14. November am Sambesfluß, südlich von Kasemar (Nord-Rhodesia) ergeben.

Stadt und Provinz Posen in polnischen Händen.

(W.B.) Berlin, 17. Nov. Dem „Vorwärts“ wird aus Posen vom 15. November telegraphiert: Seit gestern befindet sich die Stadt und ein großer Teil der Provinz Posen in polnischen Händen, und zwar geschah diese Umwälzung nicht durch den Einzug von polnischen Legionären von außen, sondern dadurch, daß die Polen im Arbeiter- und Soldatenrat die Macht an sich brachten. Die sozialdemokratische Partei hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß mit dem Uebergang der tatsächlichen polnischen Macht in die Hände der polnischen Nationalbewegung als einer Tatsache gerechnet werden muß. Von den Zivilbehörden Berlins erwartet sie Maßnahmen zum Schutze der deutschen und jüdischen Bevölkerung. Auf das Gerücht hin, daß polnische Legionen im Anmarsch seien, wurde der Abgeordnete Senda an die Grenze geschickt. Er kam mit der Nachricht, daß an dieser Gerüchten kein wahres Wort sei. Die Legionen kommen wie gesagt, nicht von außen, sondern werden im Innern gebildet. Munition und Proviant sind in ihren Händen. In Posen regiert der polnische Volksrat.

Vorkäuflicher Verzicht auf eine Vertretung der Sowjetregierung in Berlin.

Berlin, 18. Nov. Die deutsche Reichsleitung hat laut Berl. Lok.-Anz. die russische Sowjetregierung dahin verständigt, daß eine Vertretung der letzteren in Berlin vorläufig nicht wünschenswert sei.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Aufkauf von Feischobst und Dörrobst.

Durch Bekanntmachung der Landesversorgungsstelle vom 7. November 1918 (Staatsanzeiger Nr. 265) ist die Bezirksobststelle Calw aufgehoben worden. An deren Stelle ist der Großhändler Louis Moser in Stuttgart mit der Erfassung des Feischobstes und des Dörrobstes beauftragt worden.

Dabei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß mit der Aufhebung der Bezirksobststelle nicht etwa der Verkehr mit Ost überhaupt freigegeben ist, sondern daß die für den Absatz, den Erwerb und die Beförderung von Obst geltenden Vorschriften der Landesversorgungsstelle, so insbesondere die Beschränkung des Bezugsrechts des einzelnen Verbrauchers auf 10 Kilo Äpfel, Birnen oder Zwetschgen, nach wie vor in Geltung bleiben.

Calw, den 14. Nov. 1918.

Oberamtmann Gös.

Die Ukraine Bundesstaat Rußlands.

(W.B.) Kiew, 15. Nov. Eine Botschaft des Hetman an das ukrainische Volk weist auf die bevorstehende Wiederherstellung Rußlands als Föderationsstaat hin und erklärt, daß die Ukraine als Glied in diesen Föderationsstaat eintreten werde. — (Man wird jetzt also auch die baltischen Provinzen Rußland wieder zuführen wollen. Was aber wird mit Sibirien und der Mandchurei geschehen? Und mit Polen?)

Die Südslaven und die Italiener.

(W.B.) Wien, 16. Nov. Der „Reichspost“ wird aus Laibach berichtet: Der Kommandant der serbischen Truppen in Laibach sandte an den Kommandanten der gegen Laibach vorrückenden italienischen Truppen Parlamentäre mit folgender Mitteilung: Im Einvernehmen mit dem südslavischen Nationalrat besetzen serbische Truppen im Namen der Entente die Stadt Laibach. Sie erhielten Befehl, den Vormarsch der Italiener im südslavischen Gebiet zu verhindern. Dem Kommandanten der slavischen Truppen wäre es sehr unangenehm, wenn er zu den Waffen greifen müßte, wozu er durch das weitere Vordringen der Italiener gezwungen würde. Sollte es zum Blutvergießen kommen, so lehnen die serbischen Truppen jede Verantwortung ab. — Der italienische Kommandant sagte zu, daß er diese Note seinen Vorgesetzten unterbreiten werde.

Zur Umwälzung in Deutschland.

Ein Aufruf betreffs Entlassung aus dem Heer.

(W.B.) Berlin, 15. Nov. Es können nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der Flotte zugleich entlassen werden. Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden. Die Entlassung muß sich nach den Verhältnismöglichkeiten richten. Sie muß ordnungsgemäß vor sich gehen. Darum Geduld und Ruhe bis jeder an der Reihe ist! Im Heimatheer ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließlich angeordnet. Jüngere werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten, z. B. Gefangenensbewachung, müssen warten, bis sie ersetzt sind. Leute aus Elsaß-Lothringen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen. Leute aus dem linksrheinischen Räumungsgebiet und aus den Bräuterköpfen sollen sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahresklassen 1898 und 1899 angehören. Wer von seiner Formation aus irgend einem Grunde abgetrennt ist, sucht die nächste militärische Dienststelle auf und bittet um einen Urlaubsschein in seine Heimat oder um einen Fahrschein zu seinem Ersatztruppenteil. Wer mit Urlaub heimfährt, sieht zu Hause nach den öffentlichen Anschlägen und Zeitungsnachrichten, aus denen er erfahren wird, wie er nachträglich zu seinen Entlassungspapieren und Marschgebühren kommt. Bis dahin dient ihm der Urlaubsschein als Ausweis. Wer vom Truppenteil oder von seiner Ersatzformation ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark Entlassungsgeld. Jeder Soldat erhält einen Entlassungsanzug.

Göhre. Der Kriegsminister: Scheuch.

Zusatz für alle Militärbehörden des Besatzungsheeres: Dieser Aufruf ist durch Anschlag allgemein bekanntzugeben. Die Auffassung der Volksregierung über die Befehlsgewalt der Offiziere.

(W.B.) Berlin, 16. Nov. Das Telegramm der Volksregierung an die Soldaten und Matrosen, worin zur Selbstsucht aufgefordert wird, um die geordnete Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen und der Demobilisierung zu fern, hat insofern zu Mißverständnissen geführt, als teilweise die Befürchtung laut wurde, die Volksregierung wolle die Befehlsgewalt in der alten Form wiederherstellen. Diese Befürchtung ist unbegründet. Es sei deshalb noch einmal hervorgehoben, daß die jetzt angeordneten Maßnahmen für die künftige Regelung der Befehlsgewalt nicht bindend sind. Mit ihnen soll vielmehr nur im Interesse der Soldaten und der Heimat das regellose Zurücksinken der Truppen von den Fronten verhindert und die Durchführung einer planmäßigen Demobilisierung gefördert werden. — Bei der Marine ist die genaue und rasche Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen von entscheidender Bedeutung. Wird sie nicht gewährleistet, so besteht die Gefahr, daß der Waffenstillstand in Frage gestellt, Helgoland, Riel und Hamburg besetzt und wegen Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden. Das will gewiß niemand. Deshalb ist nach dem Aufbau der bisherigen Seeresorganisation bei der Demobilisierung und der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen die Mitwirkung der Offiziere mit ihren technischen und militärischen Kenntnissen erforderlich. Lediglich diesem Zweck sollte die Maßnahme der Volksregierung dienen. Da-

bei geht sie von der bei fast allen Truppenkörpern durchgeführten Voraussetzung aus, daß die Offiziere im Einvernehmen mit den Soldatenräten handeln. Daran soll durch unsere Aufforderung nichts geändert werden. Pflicht der Mannschaften und Offiziere ist es, durch verständiges Zusammenwirken das über uns hereingebrochene Unglück nach Möglichkeit zu lindern.

Der Reichstag und Bundesrat als gesetzgebende Körperschaft befeitigt.

(W.B.) Berlin, 16. Nov. (Ämtlich.) Reichspräsident Fehrenbach telegraphierte an das Kabinett: Gedankt die Reichsleitung gegen die vielfach angeregte Einberufung des Reichstags Montag oder Dienstag Einspruch zu erheben und eventuelle Maßnahmen dagegen zu treffen? — Das Kabinett erwiderte: Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des deutschen Kaiserthums als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft befeitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten. Ebert, Haase.

Die Reichsregierung ist, wie mitgeteilt wird, mit den Vorbereitungen zur möglichst schnellen Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung beschäftigt.

Der Wahltermin zur Nationalversammlung.

(W.B.) Berlin, 16. Nov. Wie die Blätter melden, sieht der vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung als Termin für die Auslegung der Wählerliste den 2. Januar 1919, als Wahltag den 2. Februar 1919 vor. Der Entwurf sei gestern fertiggestellt und bereits gestern nachmittag von der Reichsregierung durchberaten worden.

Zusammenschluß der Volkspartei und der Nationalliberalen.

Berlin, 18. Nov. Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hat gestern endgültig der Vereinigung mit der Nationalliberalen Partei und den Unterzeichnern des demokratischen Aufrufs zugestimmt. — Wie verschiedene Morgenblätter erfahren, haben am Sonnabend Einigungsverhandlungen zwischen den Deutsch-Konservativen und den Frei-Konservativen stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß die beiden Parteien sich verschmelzen und in Zukunft gemeinsam auftreten werden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. November 1918.

Durchzug der zurückkehrenden Truppen.

* Anders als wir es uns vorgestellt hatten, erfolgt der Heimmarsch unserer Truppen. Nicht in freudiger Siegesstimmung kommen sie, sondern mit der drückenden Gemütsstimmung, daß es ihnen trotz 4 1/2 Jahre langer übermenschlicher Anstrengungen nicht gelungen ist, die Uebermacht unserer Feinde zum Frieden zu zwingen. Aber wahrhaftig, sie sind nicht schuldig an diesem Zusammenbruch. Sie haben ausgehalten, bis die Entente sich zur Annahme unseres Waffenstillstandsangebots veranlaßt sah, und haben so den größten Teil des deutschen Vaterlandes vor den unmittelbaren Schrecknissen des Krieges bewahrt. Deshalb müssen wir unsern heimkehrenden Feldgrauen aller Stämme die gebührende Ehre erweisen, die sie wirklich verdient haben. Und da wir sie nicht, wie sie wohl wissen, mit Liebesgaben wie zu Beginn des Krieges erfreuen können, so müssen wir ihnen wenigstens durch Bekundung aufrichtiger herzlicher Gesinnung zeigen, daß wir ihrer herrlichen Leistungen, ihrer schweren Leiden und Entbehrungen während des Krieges eingedenk bleiben werden. In diesem Sinn ist unser Vorschlag aufzufassen, auch äußerlich Freude und Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen, indem wir in Stadt und Land die Eingänge der Durchfahrtsstraßen mit Keiser und Willkommensgruß bekränzen und unsere Häuser womöglich beslaggen. Und wenn wir unsern Kriegern auch nicht die gebührende reichliche Bewirtung zukommen lassen, sie sind nicht so anspruchsvoll, sie begnügen sich mit dem, was wir selbst uns leisten können, mit anständiger Unterkunft und mit einem warmen Händedruck, der ihnen Dank sagt für das, was sie fürs Vaterland getan haben.

Ein dringender Mahnruf.

Männer und Frauen, Soldaten, Matrosen! Das höchste Gut des Volkes ist seine Gesundheit! Der Volksgesundheit droht eine schwere Gefahr, wenn bei der schnellen Demobilisierung Seuchen und ansteckende Krankheiten auftreten oder gar sich häufen. Diese ungeheuerliche Gefahr muß abgewandt werden. Jeder Soldat, bei dem der Verdacht einer ansteckenden Krankheit besteht, suche sofort einen Arzt oder das Lazarett auf, verbleibe solange in der Behandlung, bis der Arzt ihm sagt, daß sein Leiden nicht mehr ansteckend ist! Die bewährten Maßnahmen der Heeresleitung sind aufs peinlichste zu befolgen. Wer verkauft ist, sorge für schnelle Entlassung. Ansteckende Krankheiten sind besonders: Fleckfieber, Ruhr, Cholera, Typhus, Diphtherie und die Geschlechtskrankheiten. Wer sich nicht in Behandlung begibt, oder das Lazarett vorzeitig verläßt, verurteilt sich sehr schwer: 1. an sich selbst, weil sein Leiden später schwer oder gar nicht zu heilen ist; 2. an seiner Familie und seinen Angehörigen, die er mit Ansteckung schwer bedroht, und 3. an der Gesundheit des ganzen Volkes. Das ist der Rat, den Euch erfahrene und um das Volkwohl besorgte Ärzte geben. Der Volksgesundheitsrat des Arbeiter- und Soldatenrats: Mollenbuhr, Richard Müller. Die Bevollmächtigten des Volksgesundheitsrats: Gerjon, Wegner.

Vorstellung der Bewerber für die hiesige Stadtverordnetenstelle.

Die Bewerber um die hiesige Stadtverordnetenstelle stellen sich gestern nachmittag den Bürgern im Gasthof z. „Badischen Hof“ vor. Die Veranstaltung war überaus zahlreich besucht, sodaß der große Saal vollständig besetzt war. Die Versammlung wurde von Stadtschultheißenamtsverweser Dreiß geleitet. Es stellten sich im ganzen nur 4 Bewerber vor, da die Herren Assessor Drauk-Elwangen und Assessor Otto-Stuttgart ihre Bewerbungen zurückgezogen hatten. In der Reihenfolge der Losentscheidung entwickelten die Bewerber dann ihr Programm, nachdem jeder seine persönlichen Verhältnisse und seine berufliche Laufbahn dargelegt hatte. In jeder der Ansprachen kam die Auffassung zum Ausdruck, daß die Bewerber allen Berufsständen der Bevölkerung im Falle ihrer Wahl die gebührende Beachtung schenken wollen, daß sie das Allgemeinwohl über die Einzelinteressen zu stellen beabsichtigen, und daß sie sich mit ihrer gesamten Latkraft in den Dienst der Stadtgemeinde stellen wollen, ebenso wie der Bürger, die mit gerechtfertigten Ansprüchen Bitten und Klagen an den Stadtvorstand herantreten sollten. Wir werden morgen näher auf die Ausführungen der Bewerber, der Herren Schultheiß Funt-Robrader, Amtmann Mailänder-Stuttgart, Ratsschreiber Schürer-Untertürkheim und Schultheiß Keiten eingehen, den Bericht heute schon zu bringen. Die textliche Ausgestaltung unserer Zeitung ist durch die jetzt schon um 8 Uhr morgens eintretende Gasperre weiterer Behinderung ausgeglichen. Wir müssen nicht nur unsere Leitartikel schon tags zuvor fertigstellen, wodurch wir verhindert sind, neueste Nachrichten dabei zu verwenden, wir können jetzt auch die neuesten Nachrichten vom Tage selbst kaum mehr bringen, weil wir unsere Setzmaschinenbetrieb nicht plötzlich auf einen Handfabrikbetrieb umzustellen vermögen. — Morgen abend findet eine Wählerversammlung um 7½ Uhr statt, in welcher die Bürger Gelegenheit haben sollen, sich über die Bewerber auszusprechen, und eventuell auch gleich eine engere Wahl vorzunehmen. Der Ort der Versammlung wird noch bekannt gegeben werden, da man nicht weiß, ob morgen der „Badische Hof“ zur Verfügung steht.

Zeitweise Einstellung der Feldpost.

Sämtliche private Feldpostsendungen nach der Westfront sowie private Feldpostsendungen mit Wareninhalt (Päckchen) nach der Ostfront können bis auf weiteres von den Postanstalten nicht mehr angenommen werden.

Kein Zucker mehr für Sprengstoffzwecke.

18. Nov. Es ist das Gerücht verbreitet, daß noch immer Lebensmittel, insbesondere Zucker, für Sprengstoffzwecke verarbeitet wird. Dieses Gerücht ist nach Erkundigung bei der zuständigen Stelle unrichtig. Das Kriegsernährungsamt hat auch die Zurückgabe etwaiger Bestände von Zucker, die für solche Zwecke zugewiesen waren, bereits angeordnet.

Der König entbindet die Beamten vom Dienst.

Der Vorsitzende der provisorischen Regierung, Herr Bloß, hat vom Kabinettschef des Königs unter dem 16. November folgende Zuschrift erhalten: Unter Bezugnahme auf die Kundgebung des Königs vom 9. d. Mis., wonach seine Person niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geforderten Entwicklung der staatsrechtlichen Verhältnisse Württembergs sein werde, hat der König mich zu folgender Mitteilung ermächtigt: Um der provisorischen Regierung die Weiterführung der Geschäfte im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit des Landes zu erleichtern, will er alle diejenigen, die ihm in ihrem Dienst Treue und Gehorsam geschworen haben, von den hierdurch seiner Person gegenüber eingegangenen Verpflichtungen entbinden. — (Die württ. Staats- und Gemeindebeamten aller Grade haben sich sämtlich auf dem Boden der Neuordnung gestellt, und haben gelobt, die heutige Regierung beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu unterstützen. Sie haben aber gleichzeitig der Erwartung Ausdruck gegeben, daß ihre Existenzbedingungen gesichert bleiben.)

Wechsel im neuen Kriegsministerium.

(Stuttg.) Stuttgart, 16. Nov. Der bisherige Leiter des Kriegswezens in Württemberg, Offizierstellvertreter Schreiner, hat sein Amt niedergelegt. An seiner Stelle ist durch Entschlüsselung der provisorischen Regierung Bischofswedel Ulrich Fischer zum Minister des Kriegswezens ernannt worden.

Die Offiziere und die neue Zeit.

(Ludw.) Ludwigsburg, 16. Nov. Das Garnisonkommando Ludwigsburg hat an die Offiziere und Militärbeamten in Ludwigsburg, Asperg, Bietigheim, Gaggenheim und Zuffenhausen einen von Generalmajor von Gleich sowie von dem Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats unterzeichneten Garnisonsbefehl gerichtet, dem wir folgendes entnehmen: Die Vorgänge der letzten Tag in Deutschland haben uns vor Tatsachen gestellt, mit denen der Offizier ganz ebenso rechnen und sich abzufinden hat, wie im Kriege mit einer plötzlich veränderten taktischen Lage. Es ist Pflicht eines jeden guten Württembergers und guten Deutschen, ohne Rücksicht auf persönliche Ab- und Zuneigungen und ohne Rücksicht auf sein politisches Glaubensbekenntnis nach Kräften daran mitzuarbeiten, was uns alle ohne Unterschied von Partei, Religion und Stand in erster Linie betrifft, nämlich an der unbedingten Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit, an der reibungslosen Ueberleitung aus dem Kriegszustand in den Friedensbetrieb. Alle Behörden sind zur Zeit vor Verhältnissen und zu erwartende Ereignisse gestellt, die sich nicht im einzelnen im voraus übersehen lassen und für die größtenteils Vorbereitungen nicht getroffen werden konnten. Rasches Nachdenken, rasches Umdenken, Entschlußfähigkeit, Verantwortungs-freudigkeit sind jetzt notwendiger als je. Jetzt ist nicht mehr Zeit zu langatmigen Erwägungen, bürokratischen Bedenken,

engherzigem Ressortgeist, Warten auf Befehle, die in vielen Fällen nicht oder verspätet eingeht; jeder muß auf seinem Posten mehr nach dem gesunden Menschenverstand als nach Paragraphen arbeiten. Eine rasche, vernünftige, wenn auch nicht gerade denkbar beste Lösung führt zum Erfolg, während die idealste Lösung verjagt, wenn sie zu spät kommt. In diesem Sinne und unter dauernder Würdigung der nun einmal gegebenen Verhältnisse bitte ich sämtliche Herren, nach meinem Einvernehmen mit den regierenden Gewalten erlassenen Weisungen und Befehlen zu handeln.

(Ludw.) Ludwigsburg, 16. Nov. Die Offiziere der hiesigen Garnison haben mit winigen Ausnahmen folgende Erklärung unterschrieben: Auf Grund der vom Soldatenrat Ludwigsburg aufgestellten Richtlinien erkläre ich mich bereit, meinem Dienst weiter zu verleben, anerkenne die gegenwärtige Volksregierung und verzichere ehrenwörtlich, nichts gegen die Macht des Soldatenrats zu unternehmen, behalte mir aber meinen Austritt aus dem Heere vor. — Der hiesige Soldatenrat erklärt, daß er „zum Schutze der gegenwärtigen Volksregierung gegen jede Annäherung radikaler und imperialistischer Minderheiten mit voller Energie und unter Anwendung der zur Verfügung stehenden Macht rücksichtslos vorgehen werde“.

Die Konservativen und die Regierung.

(Stuttg.) Stuttgart, 16. Nov. Die konservative Partei und der Bund der Landwirte richten an ihre Mitglieder einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen: Die zurzeit bestehende Regierung will friedliches und freizeitliches Zusammenarbeiten, will die Ordnung aufrecht erhalten und sich Mühe geben, das Nüchternwert der Verwaltung ungehindert weiterarbeiten zu lassen. Solange die Regierung diese Bahn einhält, können und müssen wir alle unterstützen. Darum fordern wir unsere Freunde von der konservativen Partei und vom Bunde der Landwirte auf: Wirkt bei Aufrechterhaltung der geordneten öffentlichen Verwaltung im Staat und in den Gemeinden tätig mit, helfet Unruhen und Störungen im Verkehr zu vermeiden, fördert die Ernährung des Heeres und Volkes und liefert alle irgend entbehrlichen Lebensmittel lab! Von unseren Gefinnungsgenossen erwarten wir weitere lebhafteste Anteilnahme an der politischen Arbeit. Dem Volk sollen durch die Umwälzungen der letzten Zeit neue Rechte verliehen, ein stärkerer Einfluß auf die Regierung zugestanden werden. Diesen Rechten steht die erste Pflicht der vollen Betätigung im öffentlichen Leben gegenüber. Je mehr das Volk selbst die Regierung in die Hand bekommt, um so größer wird die Verantwortung jedes einzelnen für die reiflose Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der U. Delschlager'schen Buchdruckerei, Calw.

Seid eingedenk der Heldentaten unserer heimkehrenden Krieger!

Kohlenversorgung der Gewerbetreibenden.

Unter Hinweis auf die Verfügung des Arbeitsministeriums betr. Einschränkung des Brennstoff-Verbrauchs (Calwer Tagbl. Nr. 270), machen wir die Gewerbetreibenden nochmals darauf aufmerksam, daß zwecks Sicherstellung der Kohlenversorgung, die Gewerbetreibenden mit einem monatlichen Brennstoffbedarf von

weniger als 10 Tonnen

ihren monatlichen Bedarf und derzeitigen Bestand an Kohlen, Koks und Briquets (je nach Sorten und Mengen) bis 30. November 1918 dem zuständigen Versorgungsbezirk anzumelden haben.

Es hat dies schriftlich beim Oberamt oder der Bezirkskohlenstelle zu geschehen.

Oberamtmann Gbs.

Frisch- und Dörr-Obst

kauft jedes Quantum

Louis Moser, Großhandlung, Stuttgart

Schloßstraße 66. — — Telephon 5194.

Bestellter Alleinkäufer der Landesversorgungsstelle Stuttgart

für die Oberämter Calw u. Nagold.

Als Unteraufkäufer sind vorerst ernannt:

für den Bezirk Calw:

Heinrich Röhm a. Marktplatz in Calw, Tel. Nr. 79

für den Bezirk Nagold:

Ludwig Reck in Nagold, Telephon Nr. 76.

Weitere Unteraufkäufer werden, wenn nötig, bestellt.

Wichtig für Wichtig

Schreinermeister

Sattler u. Tapeziermeister

Ich unterhalte ein Lager in

Büffel's Kredenzen

Berticow's

Schlafzimmer

Küchenmöbel

alle Sort. Stühle u. Hoher

Die Preise sind so gestellt, daß beim Weiterverkauf ein lohnender Verdienst zu erzielen ist. Besichtigung des Lagers, auch mit der Kundschaft ohne jede Verpflichtung, jeder Zeit gern gestattet.

J. Schwertenz, Pforzheim Leopoldstr. 14, 1 Et., Telef. 498. (Kaffee Egel.)

Gehingen.

Unterzeichneter hat ein Paar hochhaupte

Bettstellen

neu in tannen (roh) zu verkaufen Liebhaber können sich einfinden bei Weiß Schreinermeister.

2 Zentner

Mostobst

zu kaufen gesucht.

G. Schlette, Hirsau.

Verfügung des Arbeits-Ministeriums.

Alle wirtschaftlichen Fragen, die während des Krieges von der Kriegsbedarf- und Rohstoffstelle und deren Unterabteilungen (Heeresauftragsamt, Landesrohstoffstelle, Elektrizität- und Gaswirtschaftsstelle, Bautenprüfstelle, Holzbeschaffungstelle usw.) bearbeitet wurden, sind nunmehr an die Wirtschaftstechnische Abteilung des Arbeitsministeriums Stuttgart, Galtshof Silber, Dorotheenstr. 2/4, übergegangen.

Sämtliche Betriebe haben sich so rasch als irgend möglich auf die Fertigung von Friedensware umzustellen. Eine weitere Herstellung von Kriegsmaterial darf nur stattfinden, sofern sie von der Wirtschaftstechnischen Abteilung des Arbeitsministeriums ausdrücklich genehmigt wird. Die genannte Abteilung kann von Fall zu Fall die Erlaubnis erteilen, daß Rohstoffe, die zur Ausführung von Kriegslieferungen zugewiesen worden sind, für Friedenszwecke verwendet werden. In den diesbezüglichen Gesuchen ist anzugeben:

Art und Menge der in Frage kommenden Rohstoffe, für welche Zwecke die Rohstoffe zugewiesen waren; und für welche Zwecke sie Verwendung finden sollen.

Die Verwendung sonstiger beschlagnahmter Rohstoffe ohne Freigabe ist verboten. Sämtliche Beschlagnahmeverfügungen bleiben bis auf weiteres aufrechterhalten. Wegen Freigabe und Zuweisung von Rohstoffen wenden sich die Betriebe durch die Wirtschaftstechnische Abteilung an diejenigen Stellen, welche bisher die Freigabe erteilt oder vermittelt haben. Handwerker setzen sich wegen Rohstoffzuweisung mit der zuständigen Handwerkskammer ins Benehmen.

Von den staatlichen Behörden ist die Vergebung größerer Aufträge vorgesehen. Die Vergebung dieser Aufträge wird durch die Behörden unter Mitwirkung einer unparteiischen Verteilungsstelle stattfinden. Betriebe, die solche Aufträge zu erhalten wünschen, werden um sofortige Mitteilung an die oben benannte Abteilung ersucht.

Stuttgart, den 14. Nov. 1918.

Sindemann.

Erlaß über die Löhnung u. Kleidung der Mannschaften.

(Mitteilung des Stellv. Generalkommandos 13. (württ.)

Armeekorps. Abt. Ia Nr. 89 784 Nr.)

Es wird darauf hingewiesen, daß die Mannschaften die bisherige Löhnung und bei Selbstverpflegung die Entschädigung für Verpflegung weiterbezogen und keinen Anspruch auf höhere Löhnung oder Tagegelde haben. Eine Neueinkleidung der Mannschaften kann nur dann erfolgen, wenn die alten Uniformstücke dies unbedingt erforderlich machen.

(gez.): Czypis, Bevollmächtigtes Mitglied des Ausschusses des Soldatenrats beim stellv. Gen.-Abd. 13. A.-K.

J. A. (gez.): v. Stroebel, Generalmajor.

Oberkollbach, den 16. November 1918.

Todes-Anzeige.

Liebevoll geben wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht daß meine innigstgeliebte treubeforgte, unvergeßliche Gattin, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante



Christine Bäuerle,

geb. Baumüller,

im Alter von 31 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit heute Mittag 1/2 Uhr in dem Herrn entschlafen ist.

Der trauernde Gatte: Friedrich Bäuerle, zum „Hirsch“, mit seinen Kindern Fritz und Eugen; die Schwester: Marie; die Eltern: Jakob und Kathr. Bäuerle.

Beerdigung Dienstag Vormittag 11 Uhr.

Ugenbach, den 16. November 1918.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante



Elisabeth Hammann,

nach 18jährigem, schwerem Leiden sanft im Herrn entschlafen ist.

Die trauernde Mutter und Geschwister.

Beerdigung am Dienstag Mittag 1 Uhr.

Zavelstein, den 17. November 1918.

Trauer-Anzeige.

Schmerz erfüllt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe, gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante



Katharina Hahn

im Alter von 21 1/2 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Familie Jak. Hahn, Bäckermeister.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. November, nachmittags 2 Uhr statt.

Calw.

Brennholz-Verkauf.

Am Mittwoch, den 20. November 1918, nachmittags 2 Uhr kommen im hiesigen Rathaus



zum Verkauf.

100 Rm. Stockholz

Stadtpflege: Freh.

Kirchengefangverein.

Die für heute Abend angelegte Chorprobe findet nächsten Freitag statt. U.

Jüngeres Mädchen

sofort gesucht.

Frau Karl Eberhard
Stuttgarterstr. 429.

Mädchen-Gesuch.

Besseres Mädchen

nicht unter 20 Jahren

das schon gedient, sofort oder 1. Dezember in gutes Haus (zwei Personen) nach auswärts gesucht. Vorzustellen bei

Frau Schauer, Mehgerei.

Kräftiges, fleißiges

Mädchen

für Küche und Haushalt sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften an

Billa Hafner, Wildbad.

Zur Aushilfe in der Haushaltung auf einige Stunden im Tag wird ein

Mädchen oder jüngere Frau

gesucht.

Frau Sophie Schoelen.

Jüngerer

Bursche

findet sofort dauernde Beschäftigung.

Näheres in der Geschäftsst. ds. Bl.



Praktischen, zusammenklappbaren

Wäscheständer

hat für 10 Mk. abzugeben.

Wer, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Gut möbliertes, heizbares

Zimmer

zu mieten gesucht.

Angebote unter R. 1 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Auf Bezugsschein

la. Qual. Pflücker

(baumwollen),

ferner

Sorgobesen
und Bürsten

empfiehlt

K. Otto Vinçon.

Die Geburt eines strammen

Buben

zeigen hochehrent an

Bad Liebenzell, 17. Nov. 1918.

Dentist F. Lück und Frau Emmy,
geb. Kunzmann.

Morgen Dienstag abend 7 1/2 Uhr

findet im „Badischen Hof“ eine

Wählerversammlung

statt zur Besprechung der Stadtschultheißenwahl.

Bitte Bleistifte mitbringen.

Hierzu ladet freundl. ein

Stadtschultheiß H. B.: Dreiß.

Einladung des Milchlieferanten-Bereins Nagold-Enzgan.

Am Mittwoch, den 20. ds., mittags 1 Uhr findet im Gasthaus zum „Schwarzwald“ in Wildberg

eine Versammlung

statt betreffs:

„Milchversorgung der Stadt Pforzheim und Milchpreisfrage.“

Die Mitglieder sowie die Produzenten werden zu zahlreichem Besuch dringend aufgefordert.

Vorstand: Dürr.

Eingetroffen:

Alle Sorten Email-Küchengeräte, Email- u. verzinkte Eimer, Rehricht-Schaukeln, verzinkt. Waschküchen, Gutzkuchmaschinen, inoxidierbare Gutzbratenkessel geschweißt. Mannen Backbleche, Reibmaschinen, Buttermaschinen, Kaffeemühlen Spirituskocher, Küchenwagen, Küchenmesser, Spießbleche, Mehlmühle, Wärmeflaschen, Kohlen-Säcke u. -Löffel, Dunggabeln, Sturmlaternen.

Frau Marie Forstbauer,
Bad Liebenzell.

Arbeiter und Arbeiterinnen

zum sofortigen Eintritt werden gesucht

Leinacher Mineralquellen, Emil Bockhardt, Bad Leinach

Jeder Landwirt

findet sicher das größte Lager in

Pflügen u. Eggen

mehrerer Fabrikate in der Maschinenhandlung

Max Zucker, Weilderstadt,

Telefon Nr. 41.